Späte Ehrung für einen nicht einsamen Rufer

Straßenschilder für August Baumgarte

Das Verfahren am 29. November 1962 vor dem 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin nahm einen ungewöhnlichen Verlauf. Nachdem Senatspräsident Prof. Dr. Werner die Verhandlung mit dem Ziel des Verbots der VVN – beantragt von der Bundesregierung – eröffnet hatte, wird ihm aus dem Zuhörerraum zugerufen: »Herr Präsident, sie waren ein großer Nazi. Hier sind die Beweise.« Der Rufer hielt ein Bündel Papier mit Belegen für die SA- und NSDAP-Mitgliedschaft und »Deutschtumsarbeit« des Richters in die Höhe. Dieser fragte die VVN-Vertreter: »Machen sie sich den Vorwurf zu eigen?« Prozeßvertreter Alfred Hausser sagte laut: »Ja.« Der Prozeß wurde unterbrochen und bis heute nicht wieder aufgenommen.



Hans Zorn und August Baumgarte *Foto: Archiv VVN/BdA Nieders.*

Der Rufer war August Baumgarte. Der langjährige Landessekretär der VVN Niedersachsen und Mitglied des Präsidiums der VVN wurde jüngst vom Stadtbezirksrat Linden-Limmer in Hannover geehrt.

Straßenschild in der Nähe des Freizeitzentrums Hannover-Linden. *Foto: rwk*

Nach jahrelangen zähen Auseinandersetzungen wurde ihm ein schmaler Fußweg gewidmet und die Schilder mit Legendentafeln versehen (s. Bild).

August Baumgarte (1904 – 1980) erlebte und durchlitt das Schicksal der vielen kämpferischen Kommunisten und Antifaschisten seiner Generation. Bereits 1932 unter Anklage gestellt und verhaftet, wurde er am Morgen nach dem Reichstagsbrand erneut festgenommen und verbrachte die folgenden zwölf Jahre fast ununterbrochen in Zuchthäusern und Lagern des faschistischen Terrorregimes. Nach der Befreiung arbeitet er aktiv in der KPD und beim Aufbau der VVN. Er wird Vorsitzender des »Moorsoldatenkomitees«.

1957 wird er erneut zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt und verliert alle seine Entschädigungsansprüche.

Es gab viele Gründe also, ihn in seiner Heimatstadt zu ehren, ebenso viele Gründe aber auch, eine solche Ehrung jahrelang durch die Verantwortlichen zu hintertreiben.

Die Klassifizierung des Weges als »Gang« ist dafür bezeichnend: Sie entbindet die Verwaltung von so lästigen Pflichten wie dem Winterdienst

Reinhold Weismann-Kieser

Das Einzelkämpfertum ist vorbei

Zu den neuen Homepages der VVN-BdA

Beim Ordnen älterer Unterlagen fiel es mir wieder in die Hand. »Alle Gliederungen der VVN-BdA ins Internet« hieß das Arbeitspapier, verfasst von unserem unvergessenen Webmaster Rainer Zorn im Jahr 2006. Als Ziele werden darin benannt, alle Gliederungen der VVN-BdA ins Internet zu bringen »und davon möglichst viele als Subdomain der Bundesseite, um die Kosten niedrig zu halten und um eine höhere Systematik zu erreichen.«

Mit dem »Redaktionssystem« kam man dem Ziel ein Stück näher ohne es ganz zu erreichen. Dieses von Rainer entwickelte »einfache Bediensystem« ermöglichte Moderatoren der Kreis- und Landesvereinigungen auch ohne größere PC-Kenntnisse Öffentlichkeitsarbeit mit einer eigenen Homepage zu leisten und das im Rahmen eines wiedererkennbaren Designs. Gleichzeitig übernahm die Bundesvereinigung die Kosten, um die Entscheidungsprozesse einfach zu halten und um schnell voranzukommen.

Heute (Sommer 2013), sind wir in einer neuen Umstellung. Nicht nur die Bundesseite und die Projektseite www.dasjahr1933.de, sondern auch 28 Landes- und Kreisseiten sind seit Februar auf ein neues Redaktionssystem umgestellt worden. Nach über 20 Jahren Webmaster-Einzelkämpfertum ist der Bundesausschuss zu dem Schluss gekommen, dass solche Entwicklungs- und Serviceaufgaben nicht mehr von Einzelnen nebenher leistbar sind. Designer und Programmierer des Unternehmens »x-tm« haben in Zusammenarbeit mit dem Bundesbüro der VVN-BdA zusammengewirkt, um dieses Projekt zügig durchzuführen. Grundlage waren die von vielen unserer Internet-Aktivisten geäußerten Wünsche insbesondere nach mehr Flexibilität und leichterer Integration von Bildern.

Herausgekommen ist ein auf »Wordpress« basierendes Bedienprogramm (»CMS-Programm«), ein modernes Design, das mehr Möglichkeiten bietet und eine hohe Zukunftssicherheit verspricht. Die noch zu erledigenden Hauptaufgaben bestehen in folgendem: In der Umstellung der noch ausstehenden Kreis- und Landesseiten, davon etwa 15 mit teils umfangreichen Beständen an Text und Bild und die Einrichtung einer größeren Zahl ganz neuer Seiten; in diversen Ergänzungen und Verbesserungen, die sich als notwendig herausgestellt haben, und in der Umstellung der Homepage der »*antifa*« sowie Schulung und Unterstützung der Administratoren.

Noch ausstehend ist die Seite über unsere Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«, die im Zuge der sich in Arbeit befindlichen 6. Fassung 2014 vollständig neu gestaltet werden wird. Die Kampagnenseiten nonpd bleiben vorerst erhalten.

Grundlage für die Schulung unserer Aktivisten ist die schriftliche Anleitung »Das neue Redaktionssystem der VVN-BdA über Wordpress«, die unser Kamerad Jan Große Nobis verfasst hat und die laufend weiterentwickelt wird. Bei Fragen und erkannten Problemen wende man sich bitte an das Bundesbüro.

Personelles Gerüst unserer Internetarbeit sind die ca. 60 Administratorinnen und Administratoren, die die Seiten unserer Kreis- und Landesvereinigungen tatsächlich bedienen. Unterstützung können sie mit dem neuen System durch »Redakteure« und »Autoren« bekommen, die auch technisch eingebunden werden können. Die Unterstützung und Einbindung der Administratoren bei ihrer Tätigkeit sollte ein vorrangiges Interesse unserer Gruppen sein.

Das Projekt wurde vom Bundesausschuss beschlossen und auch von der Bundesvereinigung finanziert. Einige Landes- und Kreisvereinigungen haben der Bundesvereinigung dabei bereits finanziell unter die Arme gegriffen. Es hat sich gezeigt, dass der Arbeitsaufwand und damit die Kosten insgesamt größer sind als gedacht. Deshalb wird jeweils um einen einmaligen Beitrag zwischen 50 und 100 € gebeten.

Zusammengezählt trägt diese kleine Summe aber wesentlich dazu bei, diese Investition in die Zukunft zu schaffen. ***Thomas Willms***

Zug der Erinnerung

Abschied von den Kindern von Westerbork

Vom 29. Mai bis zum 10. Juni hielt der »Zug« wieder an zehn Stationen in Deutschland. Er sollte besonders an die Tausende Kinder erinnern, die aus dem Lager Westerbork in den Niederlanden in das Vernichtungslager Sobibor verschleppt und dort meist unmittelbar danach ermordet wurden.

Die Opfer waren Kinder niederländischer Juden und Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich. In den alten Reichsbahnwaggons werden Einzelschicksale in eindringlichen Portraits vorgestellt. Ergreifende Dokumente wie Seiten von Poesiealben und Zettelbotschaften, die in letzter Minute aus den Transportzügen geworfen worden waren, bringen den Betrachtern die Gefühlswelt der Deportierten nahe.

Wie in den früheren Ausstellungen wird auch die Seite der Täter gezeigt, von denen die meisten nach dem Krieg ihre Laufbahn unbehelligt fortsetzen konnten. Von diesen Kontinuitäten ist auch die Haltung der Rechtsnachfolgerin DB geprägt. Die Reichsbahn hatte für die Deportationen Millionenbeträge kassiert, die von den Opfern aufgebracht werden mußten. Die Bahn stellt nun dem Trägerverein des Zuges der Erinnerung jeden Schienenkilometer und jede Stunde Standzeit teuer in Rechnung.

Ein wesentlicher Teil dieser Ausstellung ist dem Thema Solidarität und Widerstand gewidmet. Es wird dokumentiert, wie Niederländer die Absicht der damaligen Regierung unterliefen, den Zuzug von Flüchtlingen aus Nazideutschland zu stoppen, indem sie Menschen über die »grüne Grenze« ins Land schleusten und für ihre Unterbringung in Familien sorgten. Nach der deutschen Okkupation kam es dann zu Streiks gegen die Ausgrenzung und Lagereinweisung der Juden, die die Wehrmacht gewaltsam niederzuschlagen versuchte. Am Schluß der Ausstellung wird der Aufstand in Sobibor gewürdigt, bei dem es rund 600 Menschen gelang, sich zu befreien. Viele von ihnen schlossen sich in den Wäldern den Partisanen an. Einer der Organisatoren war der kriegsgefangene Leutnant der Roten Armee Pjeterski. Der sechzehnjährige Thomas Platt kämpfte mit den Partisanen. Er überlebte und emigrierte in die USA.

Die Forderungen der DB in Höhe € 40.000 übersteigen die begrenzten Mittel des Trägervereins und drohen die Fortsetzung des Projekts zu verhindern, zumal die staatliche Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)«bisher eine Förderung ablehnt.

Spenden sind also dringen gefragt und können auf das folgende Konto überwiesen werden:

Kreissparkasse Köln BLZ: 370 502 99, Konto Nr. 0352 550 392

R. Weismann-Kieser



Foto rwk

Hannover Hbf Gleis 4 und Dortmund Gleis 26

Zug der Erinnerung auf dem Abstellgleis

Hinter Gleis 4 im Hauptbahnhof Hannover, von »normalen« Bahnhofsbesuchern und Reisenden schwer zu finden, fanden auch diesmal die Ausstellungswaggons mit ihrer historischen Dampflok ihren Platz. Noch während der Vorbereitungen zur Eröffnung sorgte ein Aufgebot von acht Bundespolizisten, die hinter der Anbringung von großen Transparenten mittels starker Magneten an den Stützpfeilern der Bahnsteigüberdachung den Tatbestand der Sachbeschädigung witterten, für einige Aufregung. Wohl auch wegen der Inschrift: »DB-AG – Rechtsnachfolger einer kriminellen Vereinigung«.



Protest in Hannover. *Foto: rwk*



Der Zug in Hanover *Foto rwk*



Chor der Tellkampfschule *Foto rwk*



Der Zug in Dortmund *Foto IBL*

Zur Begrüßung sprach Andreas Gehrke, Regionsvorsitzender des DGB. Bürgermeisterin Regine Kramarek überbrachte die Grüße der Landeshauptstadt Hannover.

Bärbel Weid-Goldschmidt – Witwe von Paul Goldschmidt, einem Überlebenden von Westerbork –, verlas einen anrührenden »fiktiven Brief« an Hanni Steinbock, eines der Opfer, die mit ihrer älteren Schwester aus Deutschland in einem Waisenhaus in den Niederlanden untergebracht worden war und dennoch später der Deportation und Ermordung nicht entging.

Rüdiger Minow vom Verein »Zug der Erinnerung« unterstrich zum Schluß die historische Verantwortung der DB als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn und deren skandalöse Mißachtung.

Der Chor der Tellkampfschule trug mit mehreren Liedern zu der würdigen Gedenkveranstaltung bei.

Bis kurz vor dem Termin war nicht klar, ob ein Aufenthalt in Hannover überhaupt möglich sein würde. Erst durch die Unterstützung durch das Projekt Erinnerungskultur der Stadt, Mitgliedsorganisationen des Netzwerks »Erinnerung und Zukunf«, und des DGB konnte die Finanzierung schließlich gesichert werden.

Unter diesen Umständen ist es ein großer Erfolg, daß etwa 20 Schulklassen und auch nachmittags viele interessierte Besucher die Ausstellungswaggons besuchten.

Zahlreich Gruppen und Schulklassen waren auch beim Abschluß der diesjährigen »Zug«-Fahrt in Dortmund auf Gleis 26 dabei, wo der »Zug« seine letzte Station hatte. Die »Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung«, eine Gruppe von Schülerinnen und Schüler und vom Jugendring, die besonders gut vorbereitet waren, begleiteten die Jugendlichen durch die Ausstellung.

Auch überlebende Gleichaltrige der damals deportierten Kinder halfen mit. Bemerkenswert war auch, daß viele migrantische Jugendliche unter den Besuchern waren und sich sehr betroffen zeigten.

»Die sehen ja aus wie unsere Geschwister«, hörte man immer wieder. ***rwk/IBL***

»Soviel du brauchst« auf dem Kirchentag

Antifaschisten brauchten Platz und nutzten ihn

»Soviel du brauchst« war das Motto des Evangelischen Kirchentages. Was brauchten wir an den drei Tagen Kirchentag? Wir hatten dreimal neun Stunden Standdienste zu besetzen. Eigentlich ein ziemlicher Kraftakt für eine kleine Landesorganisation wie die Hamburger. Und dann stellte sich der VVN-BdA die Frage:

Nehmen wir so einen kleinen Stand, der mal eben genug Platz hat für die aktuellen Flugblätter und Antifa-Hefte, oder brauchen wir mehr, trauen wir uns mehr zu? Wie viel Platz brauchen wir zur Darstellung unserer Arbeit, deren Wichtigkeit in Zeiten anhaltender Schockstarre wg. NSU und freien Kameradschaften von immer mehr Menschen anerkannt wird? Wie vermitteln wir den Kirchentagsbesucher/innen die Wichtigkeit des NPD-Verbots? Wie bringen wir in der Nähe des überdimensionierten Standes der Militärseelsorge und in Abwesenheit der traditionell teilnehmenden, aber diesmal absentierten Friedensgruppen die notwendigen antimilitaristischen Aussagen rüber?

Dafür benötigten wir die größere Standvariante und viele Akteure, so auch die Hilfe vieler anderer gleichgesinnter Gruppen. Und solche lange gewachsenen Bündnisverbindungen hatten wir vorzuweisen.

Natürlich wurde es trotzdem eine anstrengende Zeit, aber wir konnten sie gemeinsam mit all diesen Freund/innen gestalten:

- **der Anwohner/innen-Initiative Jarrestadt**
- **dem Hamburger Bündnis gegen Rechts**
- **der Barmbeker Initiative gegen Rechts**
- **dem Hamburger Bündnis für ein Deserteursdenkmal**
- **der Antifaschistischen Erholungs- und Bildungsstätte Heideruh**
- **dem Landesverein der Sinti in Hamburg e.V.**
- **dem Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest**
- **dem Ver.di AK AntiRasissmus**



Esther Bejarano als Zeitzeugin auf dem Kirchentag. *Foto: Christiane*

Als Zeitzeuginnen machten Steffi Wittenberg, Norma von der Walde und Esther Bejarano großartig mit. Und fünf fantastische junge Leute unterstützten unseren Dialog mit den Gästen überraschend und völlig unerwartet. Allen sei sehr herzlich gedankt. *Traute Springer-Yakar*

Hamburger Senat verweigert Hilfe

Kriegsflüchtlingscamp »Lampedusa in Hamburg«

Rund 300 afrikanische Flüchtlinge aus Libyen sind 2011 auf der italienischen Insel Lampedusa gestrandet. Nun wurden sie von Italien nach Deutschland geschickt und sind dem Hamburger Senat nicht willkommen. Eine Delegation des Hamburger Landesvorstands der VVN-BdA besuchte die afrikanischen Flüchtlinge an ihrem Informationszelt am Steindamm und überbrachte eine politische Grußbotschaft. Zur Haltung des Hamburger Senats, die sich jeder Verantwortung für das Schicksal der Kriegsflüchtlinge aus Libyen entziehen will, erklärte die VVN-BdA:

Als Organisation mit vielen Mitgliedern, die selbst den Terror des Nazi-Regimes nur überlebt haben, weil sie als jüdische Menschen oder Angehörige des Widerstands in anderen Ländern Zuflucht gefunden haben, und als Vereinigung mit Mitgliedern, deren Familienangehörige umgebracht wurden, weil sie an Grenzen zurückgewiesen und nach Deutschland ausgeliefert wurden, ist uns die Solidarität mit Geflüchteten eines unserer wesentlichen Anliegen.

Wir wissen, dass auch viele Sozialdemokrat/innen ins Exil getrieben wurden, darunter die späteren Bürgermeister Max Brauer und Herbert Weichmann, dessen Ehefrau Elsbeth sich lebenslänglich für das Grundrecht auf Asyl eingesetzt hat.

Als Organisation, die das Erbe des deutschen Widerstands gegen Faschismus und Krieg trägt, hat die VVN-BdA sich stets gegen alle Formen des Militarismus gewandt. Die gegenwärtige Politik militärischer



VVN-Vorsitzende Cornelia Kerth im Gespräch mit Flüchtlingssprecher. *Foto: Christiane Chodinski*

Interventionen zur Durchsetzung deutscher, europäischer oder westlicher Großmachtinteressen lehnen wir ab. Die Zerstörung von Staaten und Städten nimmt Menschen, wenn sie nicht als »Kollateralschaden« das Leben verlieren, die Lebensgrundlagen. Daran ist nichts Humanitäres. Dafür stehen die Flüchtlinge, die in Libyen ein »ganz normales Leben« hatten, bevor NATO-Bomben es zerstörten.

Militäreinsätze für den neuen Kolonialismus führen ins Elend

Je mehr Elend die wirtschaftliche und militärische Rekolonialisierung der Welt produziert, um so mehr schottet Europa seine Grenzen gegen die Opfer seiner Politik ab. Politische Vereinbarungen wie die von Schengen und Dublin und ihre Institutionalisierung in der Europäischen Grenzsicherungsagentur »Frontex« sollen dafür sorgen, dass alle, die nicht im Mittelmeer ertrinken, in Griechenland oder Italien unter erbärmlichen Umständen umherirren und auf keinen Fall dort ankommen, wo sich der europäische Reichtum konzentriert.

Endlich organisieren sich Geflüchtete in ganz Europa und auch in Hamburg, um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben einzufordern.

Dabei brauchen sie unsere Unterstützung! Wir stehen an Ihrer Seite und unterstützen die Forderungen nach Aufnahme in Hamburg, Bewegungsfreiheit, Zugang zu Wohnungen, Bildung und Arbeit. Die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit fängt dort an, wo Menschen darum kämpfen!

C. K.

Nachbarschaftshilfe für die Flüchtlinge

Demonstration für Bleiberecht

Ungefähr 1500 Menschen demonstrierten am 8. Juni in Hamburg für die Rechte der libyschen Kriegsflüchtlinge.

»Unsere Situation ist eine besondere. Wir haben in Libyen Menschenrechtsverletzungen und Massaker gesehen und waren auch Opfer davon. In italienischen Camps und Einrichtungen wurden wir menschenunwürdig behandelt, erniedrigt und erneut traumatisiert, erklärte Asuquo Udo, einer der Sprecher der 300 Flüchtlinge, die seit Mitte April auf Hamburgs Straßen leben«.

Inzwischen erfuhren die Flüchtlinge eine bisher nie dagewesene Solidarität. Die St-Pauli-Kirche und andere Kirchen boten ihnen Quartier. Nachbarn halfen mit Geld- und Sachspenden.

Die Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft zeigte sich jedoch von dieser Solidarität unbeeindruckt.

Eine Maxi-Koalition von SPD, CDU und FDP lehnte am 12. Juni ein Bleiberecht ab. *hjm*



Auf der Demo für Bleiberecht *Foto: Christiane Chodinski*

Die Hamburger NPD vor der Bundestagswahl

Vorbestrafte und Schläger als Kandidaten

Am 23. März tagte die NPD in Hamburg zur Vorbereitung der Bundestagswahl. Als Spitzenkandidat wurde der mehrfach vorbestrafte Thomas Wulff, gleichzeitig Landes-Vize, aufgestellt. Er wurde zuletzt im Juni 2012 wegen Körperverletzung und Beleidigung verurteilt. Zwei weitere NPD-Kandidaten sind Heinz-Helmut Dörlitz, für den Wahlkreis Nord und Helmut Saß für den Wahlkreis Wandsbek.

Dörlitz war 2008 Beisitzer der inzwischen aufgelösten DVU und gehörte zu den regelmäßigen Besuchern der Naziaufmärsche auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

Helmut Saß ist langjähriges NPD-Mitglied kandidierte schon 1997 für die Partei zur Bürgerschaft.

Die übrigen Kandidaten sind bisher nicht bekannt. Beim Bundesparteitag der NPD am 20. April (Hitler-Geburtstag) wurde der ehemalige Hamburger Matthias Faust, der sich noch häufig in Norddeutschland aufhält, als Mitglied im Bundesvorstand bestätigt. Faust ist außerdem weiterhin Redaktionsmitglied der Parteizeitung »Deutsche Stimme«. Entgegen dem allgemeinen Trend ist der Hamburger Landesverband relativ stabil.

Die Hamburger NPD wird weiterhin vom neonazistischen Flügel um Wulff, Torben Klebe und Jan-Steffen Holthusen angeführt. Alle stammen ursprünglich aus mittlerweile verbotenen Organisationen.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt finden regelmäßig Vortragsveranstaltungen an geheim gehaltenen Orten statt.

Auch die NPD-Zeitung »Klartext Hamburg« oder andere Propaganda wird in einigen Bezirken regelmäßig verteilt. Dies ist weniger spektakulär, aber weniger gestört als Infostände, welche die Partei kaum noch macht.



Nazis stellen sich als basisdemokratische Kümmerpartei dar.

Propagandistischer Schwerpunkt im »Klartext Hamburg« oder auf der Homepage sind unverhohlener Rassismus »Asylantenschwemme in Hamburg« bis hin zur Aufforderung, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft aufgrund ihres Migrationshintergrunds abzuschieben.

Eine basisdemokratische Kostümierung

»Ja beim Volksentscheid«, »Rückkauf der Versorgungsnetze«, Agitation gegen die EU und den Euro und der Versuch, den Arbeitskampf bei der Firma Neupack mittels »nationaler Solidarität« rassistisch zu spalten, das sind weitere Themen.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf wird mit öffentlichen Aktionen der Partei auch in Hamburg zu rechnen sein. Laut internen Unterlagen des Bundesvorstandes sollen bundesweit fünf Aktionstage stattfinden, pro Monat sollen dann pro Kreisverband (in Hamburg fünf) weitere Aktionstage stattfinden, und das NPD-Wahlkampfmobil »Flaggschiff« soll ebenfalls wieder bunesweit ab dem 10. August auf Tour gehen. *Felix Krebs*

Zehn neue

Stolpersteine für Harburg

Für zehn Harburger Opfer des Faschismus hat der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine verlegt: für die jüdische Familie Paja, Chaim, Marion und Manfred Krauthammer, den Juden Hugo Horwitz, die Jüdinnen Zerline Kristianpoller und Franziska Simon, die Behinderten oder angeblich Behinderten Ilse Baustian und Margarete Rosa Heinsen und den Kommunisten Georg Schmidt.

Für die Stolpersteine der Familie Krauthammer hatte eine Klasse der Schule an der Julius-Ludowieg-Straße die Patenschaft übernommen und Spenden gesammelt. Sie gestaltete auch die Feierstunde am 6. Juni im Rieckhof. Der Diakon Peter Meinke betonte, man dürfe nie einen Schlussstrich unter die Verbrechen der Nazizeit ziehen. Denn wer sie vergisst, läuft Gefahr, sie noch einmal zu erleben. *hjm*

Al de drüdde Oploog!

Nu is al de drüdde Oploog vunt plattdüütsche Manifest rutkomen. Bummelig veerhunnert Stück sünd in ganz Düütschland verköfft worrn. Bi mien annern plattdüütschen Beuker heff ik nie mehr as een Oploog henkregen. Överto is noch mellt worrn: Dat Kommunistische Manifest schall ton Weltkulturarv verklort warrn! Dor bün ik eerst recht stolt, dat ik düt wichtige Wark vun Marx un Engels op Platt översett heff. Wenn ji noch keen hebbt: Dat köst jümmer noch negen Euro. Stüürt man en Mail to: hjm-harburg(at)gmx.de. *hjm*

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Geboren am Pfingstmontag, dem 20. Mai 1923

Erich Röhlck - ein unermüdlicher Kämpfer wird 90

Eine Friedenstaube überbrachte die Einladung. Unser Mitglied Erich lud seine Weggefährten ein, mit ihm seinen 90sten Geburtstag zu feiern, natürlich an einem Pfingstmontag. »Ick hebb jo allns« hatte er uns geschrieben. Auch wenn Erich damit das Materielle meinte, er hat wirklich alles: Familie, Freund/innen, Kolleg/innen, Kampfgefährt/innen, Nachbarn, Genoss/innen, sie füllten rasch das »Café Sternchance« mit Musik, Gesang, Dankesworten und Erinnerungen.

Geboren im ländlichen Mecklenburg, aufgewachsen in Hamburg, unter wirtschaftlich knappen Lebensumständen. Acht Jahre Volksschule, Hitlerjugend, Tischlerlehre, Arbeitsdienst, dann Kriegsdienst. »Ich erlebte die Grauen des Krieges Am 5. März 1943 wurde ich von Rotarmisten gefangen genommen Ich hatte Angst.

Ich mit meiner Naziideologie.« Im Lager lernte Erich das andere Deutschland kennen. »Ich traf einen Hamburger Antifaschisten, Willi von der Reith, der Aufklärungsarbeit unter Kriegsgefangenen leistete und schloss mich dem Aufruf des Nationalkomitees Freies Deutschland gegen die Hitlerdiktatur an.«

Erichs Schlüsselerlebnis bis zum heutigen Tage war jedoch die Begegnung mit einer Ärztin aus Leningrad. »Sie half mir, Leiden und Krankheit zu überwinden. Welcher Edelmut [und] großer Humanismus, einem Feind, einem Eindringling, [einem] Angehörigen der faschistischen Armee, die ihre Familie vernichtet hatte, das Leben zu retten.«

1946 kehrte Erich als Antifaschist nach Hamburg zurück und wurde noch im selben Jahr Mitglied der KPD. In der Gewerkschafts- und Jugendgruppenarbeit lernte Erich bald seine Lydia kennen. »Wir hatten gleichen Sinn und gleiches Streben für ein von Faschismus und Krieg befreites Leben in Solidarität, Völkerfreundschaft und gesellschaftlichen Fortschritt«.

Ende der 50er Jahre kam Erich wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot »für 29 Monate in Gefangenschaft nach Wolfenbüttel«. Erneut eine schwere Zeit für beide, Lydia und Erich.



Erich Röhlck *Foto: Christiane*

Heute blickt Erich mit Freude auf seine Kinder, Enkel und Urenkel. »Es hängt davon ab, nicht passiver Beschauer, sondern aktiver Gestalter der Verhältnisse zu sein ... das ist meine Lebenserfahrung. »Damit wünschte Erich uns ein solidarisches Beisammensein, – denn Solidarität macht stark«. ***(Die Zitate stammen aus Erichs Geburtstagsrede.) Georg Chodinski***

Der verhinderte Justizmord

80 Jahre Todesurteil gegen Richard Trampenau

Am 28. Juli 1933 wurde der bekannte Wilhelmsburger Antifaschist Richard Trampenau wegen schweren Landfriedensbruchs im Amtsgericht Harburg zum Tode verurteilt.

Am 31. Januar war es in Wilhelmsburg zu einer Schießerei mit profaschistischen Stahlhelmern gekommen; vier Stahlhelmer wurden getroffen. Einer der Stahlhelmer hatte bei der Polizei behauptet, dass der Kommunist Trampenau der Schütze gewesen sei. Er war es jedoch nicht. Er kannte den wirklichen Schützen, hatte aber aus Prinzip vor Gericht seinen Namen nicht genannt. Das Todesurteil, wäre es denn vollstreckt worden, wäre also ein glatter Justizmord gewesen. Richard Trampenau wurde dann ins Zuchthaus Celle verlegt. Zum Glück konnte er seine Hinrichtung abwenden, und das Todesurteil wurde in lebenslänglich Zuchthaus geändert.

Trampenau hat die ganze Nazizeit im Zuchthaus Celle verbracht, hat aber überlebt. Die Harburger VVN-BdA veranstaltet aus diesem Anlass am 29. Juli um 17 Uhr eine Mahnwache vor dem Gerichtsgebäude Buxtehuder Straße 9. Bea Trampenau, Geschäftsführerin des antifaschistischen Bildungs- und Erholungsheims Heideruh, wird dort über ihren Vater sprechen.

Hans-Joachim Meyer

Richard Trampenau mit Tochter Bea, 1963.
Foto: im Besitz von Bea Trampenau

Juli bis August

Hamburger VVN-Termine

20. Juli bis 4. August
Friedensfest Ohlsdorf – Gedenktage für die Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nazismus: »Friedensfest statt Nazi-Aufmarsch«.
Das Gesamtprogramm siehe Internet.
Ort: Friedhof Ohlsdorf – Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer (Anfahrt von S Bahn Ohlsdorf – Ausgang Friedhof – mit der Buslinie 170 Richtung Maisredder)

Sonntag, 21. Juli, 14 Uhr
im Rahmen des Friedensfestes Ohlsdorf (siehe oben): Lesung zur Biographie der Hamburger Widerstandskämpferin Gertrud Meyer, anschließend Gang zu den Gräbern der Valvo-Frauen

Sonnabend, 27. Juli
Sommerfest Heideruh mit leckerem Kuchen, Spitzengrillware, vielen Salaten, kulturellen Höhepunkten und weiteren Überraschungen. Beginn: 14.30 Uhr, Rückfahrt gegen 21 Uhr. Abfahrt: 13 Uhr an der Tankstelle vor Bahnhof Dammtor (Moorweide). Bitte für die Mitfahrt im Bus im Landesbüro anmelden unter Tel. 314254 oder per Mail vvn-bda.hh@t-online.de

Sonntag, 28. Juli, 17 Uhr
Der verlorene Engel, Ralf Kirsten, DDR 1966, Film im Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10.

Mittwoch, 1. August, 17 Uhr
80 Jahre 1933 – 80 Jahre Justizmord in Altona. Stadtteilspaziergang zum Altonaer Blutsonntag zum Gedenken an die Altonaer Vier Bruno Tesch, Karl Wolff, Walter Möller und August Lütgens.
Beginn hinter dem Amtsgericht Altona an der ehemaligen Hinrichtungsstelle (Zugang von der Gerichtstrasse). Anschließend gemeinsamer Umzug zum Bruno-Tesch-Platz.
Ab 19 Uhr vielfältiges kulturelles Programm auf dem Bruno-Tesch-Platz

2. bis 4. August
Methfesselfest »Das große nichtkommerzielle Initiativen- und Kulturfest in Hamburg-Eimsbüttel«.
Ort: Else-Rauch-Platz, 20255 Hamburg (U-Lutterothstraße).

Sonntag, 18. August, 11 Uhr
Gedenkfeier für die Opfer der Euthanasie. Ort: Friedhof Ohlsdorf, Geschwister-Scholl-Ehrenfeld (Nähe Kapelle 13)

Sonntag, 25. August, 17 Uhr
Lebensunwert – Paul Brune – NS-Psychiatrie und ihre Folgen, R. Krieg und M. Nolte, D 2005. Gast: Dr. Rebecca Schwoch.
Ort: Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Sonntag, 8. September, 11 Uhr
Gedenkveranstaltung: »Menschen, wir hatten euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer
Hinweis: um 12.30 Uhr findet auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung eine Führung zur Geschichte dieses Gräberfeldes statt. Anschließend wird hier der neu angelegte Stein für den Plakatmaler, Widerstandskämpfer und Kommunisten Carl Ziemssen eingeweiht – 1903 in Hamburg geboren, 1942 im KZ Groß Rosen ermordet. (Veranstalterin: Willi-Bredel-Gesellschaft)

Sonntag, 15. September, 17 Uhr
Mut zum Leben – Die Botschaft der Überlebenden von Auschwitz, Thomas Gonschior und Christa Spannbauer, D 2013.
Gäste: Esther Bejarano und Christa Spannbauer. Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Auschwitz-Komitee. Ort: Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Breite Mobilisierung beerdigt Nazi-Prestige-Marsch in Karlsruhe:

Debakel für Nazis: Abfuhr für Rechte in der »Residenz des Rechts«

Am 25. Mai sollten hunderte Nazis in Karlsruhe, der »Residenz des Rechts« aufmarschieren. Mit einer »Nationalen Großdemonstration« unter dem Motto »Freiheit für alle politischen Gefangenen! Lasst unsere Kameraden frei« wollten sie für die Freilassung inhaftierter Nazis durch Karlsruhe als Standort des Bundesverfassungsgerichts ziehen.



Gewalttäter und Volksverhetzer

Vor dem Hintergrund der Terrorzelle »NSU« mit der inzwischen nachgewiesenen staatlichen Unterstützung und der 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 wurde dies als eine besondere Provokation wahrgenommen. Das Antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA), in dem auch die VVN-BdA eine wichtige Rolle spielt, rief unverzüglich nach Bekanntwerden der Pläne dazu auf, dem Nazi-Aufmarsch den Weg zu versperren, so wie es seit zehn Jahren gelungen ist, alle Nazi-Auftritte in Karlsruhe und auch das Nazi-Zentrum im Karlsruher Stadtteil Durlach zu verhindern. Das ist erneut gelungen. Karlsruhe blieb nazifreie Zone. Die Zahlenverhältnisse: 208 Nazis, 1350 Polizisten, 3000 Protestierende.

Friedlich und bunt

Am 25. Mai blockierten diese protestierenden Karlsruher/innen und Antifaschist/innen aus den umliegenden Kreisen alle Abgänge vom Bahnhofsvorplatz, den zuvor die Polizei weiträumig abgesperrt hatte. Eine Reihe von Versuchen der Polizei, den Nazis den Weg freizuräumen, scheiterte an der Standfestigkeit der Nazigegner, die sich in dichten Reihen in den vom Bahnhof abgehenden Straßen aufgestellt hatten. Im Großen und Ganzen war es ein friedlicher bunter Tag des gemeinsamen Protestes.

Lediglich an einem der Blockadepunkte, in der Bahnhofstraße, sahen sich die DemonstrantInnen ständiger Provokationen seitens der Polizei ausgesetzt. In vier bis fünf Angriffswellen traktierte die Polizei die Demonstrant/innen mit ihren Schlagstöcken und setzte in einem Fall Pfefferspray ein. Schlußendlich aber gab die Polizei ihre Räumungsversuche auf.

Von wem die Gewalt ausgeht, machten dann die auf dem Bahnhofsplatz festgehaltenen Nazis durch einen eigenen Versuch deutlich, ihren Aufmarsch zu erzwingen und die Absperrungen zu stürmen. Sie wurden von der Polizei gestoppt und anschließend zurück in den Bahnhof eskortiert.

Gemeinsamer Erfolg

Mit ausschlaggebend für den Erfolg war auch das Verhalten des neugewählten Karlsruher Oberbürgermeisters Frank Mentrup(SPD) und des Gemeinderats. Neben dem Antifaschistischen Aktionsbündnis hatten auch sie mit einer Resolution »Karlsruhe zeigt Flagge ... gegen Hass und Gewalt, gegen alte und neue Nazis« zu einer Kundgebung aufgerufen, die nicht, wie aus anderen Städten bekannt, abseits vom Geschehen stattfand, sondern in Bahnhofsnähe und damit einen der Bahnhofszugänge blockierte. So gingen die unterschiedlich konzipierten Formen des Protestes, Kundgebung der Stadt, unterstützt von Vereinen und Institutionen auf der einen, ziviler Ungehorsam des antifaschistischen Aktionsbündnisses auf der anderen Seite an diesem Tag in Karlsruhe Hand in Hand und führten letztlich zum Erfolg.

Vor diesem Hintergrund ist es allerdings umso unverständlicher, daß OB Mentrup, der die jahrzehntelange CDU-Herrschaft in der Karlsruher Rathaus-Spitze abgelöst hat, es offensichtlich wider besseres Wissen nicht lassen konnte, den altbekannten Extremismusnebel zu versprühen und die Gemeinsamkeit der Nazigegner mit der Floskel, »dass in unserer Stadt kein Platz für extremistisches Gedankengut jedweder Art ist« zu belasten. Der Redner des Antifaschistischen Aktionsbündnisses wies dies in seinem Beitrag auf der Kundgebung des Ob entschieden zurück.

Dennoch bleibt seiner Gesamteinschätzung dieses erfolgreichen Tages, die er in einem Zeitungsinterview gab, restlos zuzustimmen: Der Karlsruher OB faßte den Tag in einem Zeitungsinterview zusammen:

Einzelne aufflackernde Konflikte an der Absperrung hätten nicht den Ausschlag gegeben; die Bürger/innen hätten einen »Schutzschild« für die Stadt gebildet und mit ihrem Auftreten ein »Debakel für die Nazis in Karlsruhe« erreicht.

S/AAKA/DL



Verfassungsschutz ausgebremst

Wir sind draußen!

Seit es das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz gibt, hat es auch die VVN und später die VVN-BdA im Visier als angeblich »linksextremistisch beeinflusste Organisation«.

Das änderte sich zunächst auch nicht, als im Jahre 2011 die CDU geführte Landesregierung durch eine grün-rote Landesregierung abgelöst wurde. Aber gerade die Tatsache, dass auch die neue Regierung nicht darauf verzichtet hatte, die VVN-BdA im Verfassungsschutzbericht 2011 weiter zu stigmatisieren, löste Widerspruch bei Abgeordneten, Gewerkschaftern, Betriebsräten und vielen anderen aus. Den Protesten gab schließlich auch Innenminister Gall (SPD) nach: Im Verfassungsschutzbericht 2012 wird die VVN-BdA nicht mehr erwähnt. Auch auf der Internetseite, wo z.B. lange Zeit die »Analyse« unserer Neofa-Ausstellung des baden-württembergischen Landesamtes immer wieder zur Rechtfertigung für Raumverweigerungen und gar Beschlagnahmeaktionen herhalten konnte, ist jeder Hinweis auf die VVN-BdA entfernt worden. Damit steht nun das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Verfolgungseifer gegen die VVN-BdA alleine da. Zeit, dass auch dem die Stunde schlägt!

DL

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer
VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart
tel 0711 603237, fax 0711 600718

»Fest der Kulturen«

Breiter Antinaziprotest in Peine

Für den 1. Juni hatten Neonazis für den »Tag der deutschen Zukunft« nach Wolfsburg mobilisiert. Das bewog Menschen in verschiedenen Städten rund um diesen Ort, so auch in Peine, Veranstaltungen anzumelden. Gerade in Peine war das besonders notwendig, da schon zweimal Neonazis Peine als Ausweichort auserkoren hatten, ihre menschenverachtende Ideologie zu offenbaren. Wiederholungen mußten unbedingt verhindert werden.

So waren es am Ende über 40 Verbände, Parteien, Gewerkschaften und Schulen, die an vier Plätzen ein buntes Fest aufzogen. Das hatte es in Peine noch nicht gegeben.

Von der CDU bis zu den Linken, Grünen, Kleingärtner und türkischer Boxverein, der städtische Chor und die IG Metall, – alle waren sich einig, ohne Berührungsängste dieses Fest gegen die braune Gefahr gemeinsam zu gestalten. Landrat Franz Einhaus (SPD) hatte die Schirmherrschaft übernommen, Landkreis, LAP (Lokaler Aktionsplan) der Stadt und die Kreissparkasse waren Großsponsoren für die doch erheblichen Kosten. Aber es gab auch viele Spenden von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern.

Bei ihren Grußworten lobten die stellvertretende Landrätin Eva Schlaugut (SPD) und die stellvertretende Superintendentin Marion Schmager die Vielfalt und begrüßten das Motto »bunt statt braun«.

An den Artikel 139 erinnert

Zuvor hatte Peter Baumeister als Vertreter des Bündnisses auf den Artikel 139 des Grundgesetzes hingewiesen und den Slogan »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« vertreten. Das Transparent mit diesem Text hing auch auf der Bühne neben dem Plakat der IG Metall »Respekt«.

Die Veranstaltung im Kampf gegen rechts war ein großer Erfolg, und es wird überlegt, auch für das nächste Jahr diese vorbildliche Zusammenarbeit fortzusetzen.

Peter Baumeister

1.Juni in Wolfsburg: Breites Bündnis gegen Nazis

Doch Polizei setzt Aufmarsch durch

Seit dem Start 2009 ist der Aufmarsch der rechten Kampagne »Tag der deutschen Zukunft« (TDDZ) zu einem der zentralen Termine der nordwestdeutschen Neonazi-Szene geworden. Mit dem Aufgreifen des Themas »Überfremdung« versucht man an rassistische Diskurse auch in der Mitte der Gesellschaft anzuknüpfen und bietet gleichzeitig der eigenen Szene ein aktionsorientiertes Erlebnis.

In diesem Jahr fand der Nazirummel am 1. Juni in Wolfsburg statt, einer Stadt, die für Neonazis in besonderem Maße von Bedeutung ist. Wollten sie doch schon 2009 mit der geplanten Gründung eines KdF-Museums in einer von Jürgen Rieger angemieteten Immobilie an die »ruhmreiche Ingenieursleistung und die Arbeitsplatzbeschaffung im Volkswagenwerk« ihrer braunen Vorbilder anknüpfen. Der Tod von Rieger machte ihnen damals einen Strich durch die Rechnung.

2009 hatte sich gegen die Rieger-Pläne ein breites Bündnis gebildet, der »Schulterschluss der Wolfsburger Demokraten«. Dieses Bündnis umfaßt unter maßgeblicher Federführung der örtlichen IG Metall neben den im Stadtrat vertretenen Parteien und den Religionsgemeinschaften zahlreiche weitere Initiativen, darunter auch die VVN/BdA.

Seit Ende 2012 hat sich der »Schulterschluss« in mehreren Treffen auf Proteste gegen den Naziaufmarsch vorbereitet. Im Bündnis-Aufruf »Buntes Wolfsburg stoppt braun: Den Nazis entgegentreten!« heißt es: »Wir überlassen den öffentlichen Raum nicht den Nazis. Ihrer menschenverachtenden Ideologie setzen wir unsere Werte einer solidarischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft entgegen! ... Wolfsburg ist eine aufgeschlossene internationale Stadt, in der Vielfalt positiv gelebt wird und Menschen aus aller Welt willkommen sind.« (www.schulterschluss-wolfsburg.de)

Neben der Mitarbeit im Bündnis hat die örtliche VVN/BdA eine Reihe weiterer Mobilisierungs-Veranstaltungen durchgeführt, z.B.:



Die Gedenktafel. Ein Relief von M.Hartung. *Foto. M. Hartung*

- gemeinsam mit dem IGM-Wohnbezirk und der Berufsbildenden Schule I die Enthüllung einer Gedenktafel an einem Schulgebäude, das am Ort des ehemaligen sog. »Kinderheimes« in der damaligen »Stadt des KdF-Wagens« steht. Dort waren zahlreiche Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen umgekommen.
- gemeinsam mit dem IGM-Wohnbezirk eine Diskussion mit einem fachkundigen Referenten unter dem Titel: »Wer marschiert denn da? Der Naziaufmarsch in Wolfsburg und die extreme Rechte in der Region«
- am 31.5. wurde (für die Dauer von drei Wochen) die Ausstellung der niedersächsischen VVN/BdA »Neofaschismus in Niedersachsen« vom OB Klaus Mohrs (SPD) im Rathaus eröffnet.



Foto (v.l.): Hartwig Erb, Moderatorin, Klaus Mohrs, Herr Rosik, Frau Superintendentin Löhmannsröben, Frau Harety von der jüdischen Gemeinde, Deborah Aleo, die Vorsitzende der Gesamtjugendvertetung VW, Mecki Hartung, VVN/BdA Nds. und Bernd Osterloh. Die VVN ist mit Transparent und Rednerin gut vertreten. *Foto: IGM homepage*

Am 1.6. selbst veranstaltete der »Schulterschluss« ein »Demokratie-Fest« mit einer zentralen Bühne am Gewerkschaftshaus relativ nahe am Bahnhof, dem Aufmarsch-Beginn der Nazis, sowie einer weiteren in der Stadtmitte. Nach Presseberichten nahmen 6000 Menschen an der Kundgebung am Gewerkschaftshaus teil. Dort sprachen u.a. der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Hartwig Erb, der Oberbürgermeister Klaus Mohrs,

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von VW, Bernd Osterloh, der Personalleiter von VW/ Pkw, Rosik, und Mecki Hartung, Landessprecherin der VVN/BdA Nds.

Die Polizei hatte seit dem frühen Vormittag mit rund 3000 Beamten die Marschroute der Nazis auf der vom Verwaltungsgericht genehmigten Strecke durch das Wolfsburger Industriegebiet total abgeriegelt, – die Stadt hatte versucht, den »TDDZ« zu verbieten. Schon auf der Anfahrt mit PKW oder Zug waren auswärtige Antifaschist/innen kontrolliert und behindert worden. Mehrmals versuchten rund 500 Nazigegner/innen auf die Route der knapp 600 Neofaschisten zu gelangen. Doch die gewaltige Polizeipräsenz machte dies völlig unmöglich. Dabei ist es nach einer Mitteilung der Grünen Jugend Göttingen zu massiver Polizeigewalt gegen die Antifaschist/innen gekommen. Mehrere Aktivist/innen seien durch Pfefferspray-einsatz, Schläge mit Fäusten und Schlagstöcken sowie den Einsatz einer Pferdestaffel verletzt worden.

Die noch am Abend des 1.6. verbreitete und für entsprechende Stimmung sorgende Meldung, dass fünf eingesetzte Polizisten durch »Steinwürfe linker Chaoten« verletzt worden seien, musste die Polizei am nächsten Tag zurück nehmen.

Die Verletzungen stammten »aus einem Unfall mit eigenem Reizgas« (Wolfsburger Allgemeine vom 4.6.). Die Grüne Jugend bilanziert ihre Erfahrungen folgendermaßen: »Die Ankündigung der neuen Landesregierung, antifaschistisches Engagement zu stärken, wurde gestern ad absurdum geführt«.

Alfred Hartung

Infofahrt der VVN-BdA Celle am 1. 9. 2013

Ziel ist der Denkort Bunker Valentin

Der U-Boot-Bunker Valentin bei Bremen ist eine Bauruine des Zweiten Weltkriegs. Er war eines der größten Rüstungsprojekte der NS-Zeit. Mit den hier gebauten U-Booten sollten die Nachschubwege der Alliierten über den Atlantik unterbrochen werden.

Von 1943 – 1945 mussten hier auf der riesigen Baustelle bis zu 10 000 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen körperliche Schwerstarbeit leisten.

Seit 2011 ist dieser ehemalige Bunker nun als Denkort im Rahmen von Führungen zugänglich.

Dorthin geht die Fahrt der VVN-BdA Celle.

Hinweis: Festes Schuhwerk, regenfeste Kleidung und Beachtung der Helmpflicht sind notwendig.

Veranstalter: VVN-BdA, KV Celle, Treffpunkt der Fahrgemeinschaften: am 1. 9. 2013 um 9.30 Uhr an der Parkpalette (gegenüber Hallenbad) vor der Kirche.

Anmeldung: unter 05141 / 38 17 67 oder E-Mail: vvn-bda.celle@gmx.de

Gefängnis Wolfenbüttel

Künftig die Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges ?

Bei der geplanten Neugestaltung der Gefängnisgedenkstätte Wolfenbüttel soll eine würdige Form des Gedenkens an die Opfer des Kalten Krieges gefunden werden. Dies fordern die Sprecher/innen der VVN-BdA Niedersachsen, Mechthild Hartung und Reinhold Weismann-Kieser, sowie der Vertreter der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges (IROKK), Peter Dürrbeck; Göttingen. Sie richteten in diesem Sinne Schreiben an die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, die Kultusministerin des Landes Niedersachsen, Frauke Heiligenstadt und die Justizministerin des Landes Niedersachsen, Antje Niewisch-Lennartz. Auch die Bundesorganisation der VVN-BdA unterstützt das Anliegen.

»Das Hitlergeschäft« und seine Auswirkungen bis heute

Veranstaltung zur Kriminalgeschichte deutscher Banken und Konzerne

In der Begegnungsstätte »Zur Bettfedernfabrik« in Hannover-Linden wurde Anfang Juni neben der entscheidenden Rolle der Ruhrindustrie bei der Machtübertragung und Herrschaftsausübung der Nazis auch die nicht minder verhängnisvolle Rolle der Banken und der Finanzwirtschaft damals und heute beleuchtet.

Dr. Diether Dehm, Künstler, linker Politiker, MdB, hatte zusammen mit der VVN-BdA Niedersachsen eingeladen. Es ging um das Thema »Das Hitlergeschäft – Zur Kriminalgeschichte deutscher Banken und Konzerne«. Gezeigt wurde auch die gleichnamige Wanderausstellung aus dem Büro Diether Dehm. »Sie haben Namen, Handschrift und Gesicht und sind Manager von Demokratieabbau, Hunger, Arbeitslosigkeit und Klimakatastrophe«, so erläuterte Dehm die Ausstellung, die unter www.vvn-bda.de zu sehen ist. Die Ausstellung belegt: »Die Herren sind mächtig wie eh und je.« Die Ausstellung zu den Verbrechen der Banken in der Zeit 1933-1945 sowie der Nachkriegszeit wurde von Dr. Diether Dehm und Dr. Eberhard Czichon konzipiert. Auch Czichon (Autor von »Wer verhalf Hitler zur Macht?«) nahm an der Veranstaltung teil. Diether Dehm, der auch Europapolitischer Sprecher der Linkspartei ist, führte aus: «Damals wie heute bedroht die Diktatur der Banken und Finanzmärkte die Demokratie.»

Ulrich Sander (Journalist, Bundessprecher der VVN-BdA, Herausgeber von »Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« und Sprecher der Aktion Spurensuche) schlug den Bogen von der Aufklärungsaktion über die Verbrechen der Wirtschaft, besonders der Ruhrindustrie 1933-1945, zur damaligen Rolle des Finanzkapitals, das in den Konzernen vielfach den Ton angab. Die Alliierten haben schon 1943 die deutschen Banken als Plünderer eingestuft, die als Kriegsverbrecher anzusehen sind. Diether Dehm: »Die durch die von den Großbanken und besonders der deutschen Bank intensiv verfolgten Arisierungen erreichten Profite waren Profite aus der ›Endlösung‹. – Bis auf einen Banker der Dresdner Bank wurde niemand aus der Finanzwirtschaft nach 1945 zur Rechenschaft gezogen. Schon gar nicht der Deutsche Bank-Chef Hermann Josef Abs, der ein Kriegsverbrecher war und zum einflußreichsten Bank in der BRD wurde.

Ulrich Sander führte dazu u.a. aus: »Die VVN-BdA begrüßt und unterstützt die Anti-Banken-Proteste. Heute bewahrheitet sich erneut, dass die Forderungen der weltweiten antifaschistischen Bewegungen von 1945 hinsichtlich der notwendigen Entmachtung der ökonomischen Eliten der NS-Zeit berechtigt waren – und sind. Diese Forderungen gilt es heute zu verwirklichen, da z.B. die Deutsche Bank wieder eine verhängnisvolle Rolle in Politik und Wirtschaft spielt«

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an
mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: **niedersachsen@vvn-bda.de**

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Nein zu Heimatschutz und innerer Militarisierung

Formierung der Reservisten im Ruhrgebiet verurteilt

Als Bestandteil der »Aktionstage für eine militärfreie Bildung und Forschung« fand am Freitag, dem 14. Juni in Essen eine Protestaktion gegen den Verband der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) mit seinem öffentlichen Aufstellungsappell statt.

Dieser Verband aus Reservisten der Bundeswehr entspricht dem neuen Reservistenkonzept der Armee, mit dem die ehemaligen Soldaten wieder aktiviert werden, um vielfältige Aufgaben – auch mit der Waffe – bei inneren Einsätzen und »Amtshilfen« zu übernehmen.

Das Essener Friedenforum bereitete eine Protestaktion vor. »Nein zum Neuen Heimatschutz in NRW! Gegen »Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte« und Innere Militarisierung!« lautete das Motto des Aufrufs, das auch der Ostermarsch Rhein/Ruhr, die VVN-BdA und die DFG-VK NRW unterzeichnet haben.

Alice Czyborra von der VVN-BdA führte in ihrer Rede anläßlich der Demo aus: »Was sich hier heute auf dem Gelände der Zeche Zollverein fast klammheimlich abspielt, in den Medien kaum thematisiert, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, ist ein Militärspektakel, das die fortschreitende Militarisierung unserer Gesellschaft symbolisiert.



Reservistenauftrieb im Zollverein. *Foto: Trautv.*

Es ist ein Akt der Fortsetzung unseliger deutscher Militärtradition. Mit dieser Tradition sollte nach dem millionenfachen Sterben im Zweiten Weltkrieg endlich Schluss gemacht werden, wäre es nach unserem Grundgesetz von 1949 gegangen. Von Deutschland sollte nie wieder ein Krieg ausgehen.«

Wortlaut der Rede unter www.nrw.vvn-bda.de

Konzert und viele Aktionen zum 20. Jahrestag des Brandanschlages

Die Wegstrecke vom Hitlerjungen Salomon bis Solingen

Menschen auch an lebendigem Leibe zu verbrennen, gehört zum Terrorregister alter und neuer Rassisten. Sally Perel, der den Holocaust als »Hitlerjunge Salomon« überlebte, berichtete bei der Gedenkveranstaltung der VVN-BdA in Solingen von dem Mord an dem 17 Jahre alten Hans Marburger, seinem Freund aus der Heimatstadt Peine, der 1938 bei der Pogromnacht in der Synagoge verbrannt wurde. In diese Mordserie habe sich am 29. Mai 1993 der Brandanschlag auf das Haus der Familie Genc eingereiht, bei dem drei Kinder und zwei Erwachsene ihr Leben verloren. Mehr als 180 Menschen wurden seitdem aus rassistischen Motiven in Deutschland ermordet.

Die Schlussfolgerung, die Günter Bischoff bei der Begrüßung für die VVN und Bürgermeisterin Friedrike Sinowenka in ihrem Grußwort für die Stadt Solingen formulierten, war ein übereinstimmendes Bekenntnis »für eine Welt ohne Nazis und Rassisten«. Sally Perel bezeichnete »Solingen« als Symptom, das Alarm auslöse und Respekt und Toleranz einfordere. Den fehlenden Menschenrechten zwischen 1933 und 1945 stellte er die Forderung nach universeller Freiheit und Gleichheit der Menschen entgegen. Sein Appell: »Vereinigt Euch im Kampf gegen den Faschismus!«

Wie dieser Kampf aussehen müsse, skizzierte Günter Bischoff, indem er den fremdenfeindlichen Mainstream bei CDU-Politikern und Neonazis charakterisierte. Ihre Parolen lauteten »Das Boot ist voll« und »Sozialschmarotzer und Scheinasylanten ausweisen«. Flankierend wurde das Asylrecht beschnitten; die Polizei sah weg, griff nicht ein wie bei dem Brandanschlag in Rostock-Lichtenhagen. Die V-Leute des Inlandsgeheimdienstes »Verfassungsschutz« lieferten Geld und sicherten die Logistik ab, so dass der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu einem eindeutigen Urteil kam: Totales Versagen. Dennoch wird auf den »Dienst« nicht verzichtet.

Bischoff unterstrich abschließend die Forderungen der VVN-BdA: Auflösung des Verfassungsschutzes, Verbot der NPD, Aufklärung aller Verbindungen zwischen Geheimdiensten und Neonazis, Stopp der Hetze gegen Asylanten und Menschen mit Migrationshintergrund sowie keine finanziellen Kürzungen bei Antirassismus-Projekten.

Die Chemnitzer Gruppe »Quijote« griff den politischen Faden auf und setzte ihn meisterhaft musikalisch um.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltungsserie in Solingen gedachten rund 2.000 Demonstranten der Opfer des Brandanschlags vor 20 Jahren.



Demo mit 2000 Teilnehmer/innen in Solingen. *Foto: Uwe*

»Kein Vergeben, kein Vergessen«, hieß es auf Flugblättern, die während der mehrstündigen Demonstration durch die bergische Stadt verteilt wurden. Die Kundgebung unter dem Motto »Das Problem heißt Rassismus«, zu der zwei Solinger Bündnisse aufgerufen hatten, führte auch zum Anschlagsort, wo heute ein Mahnmal und fünf Kastanienbäume an die Opfer der rassistischen Untat erinnern.

Die Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Cornelia Kerth, sagte all denen, »die bis heute unter dem Rassismus in Deutschland leiden« die Solidarität der Demonstranten zu. Sie erinnerte an das fremdenfeindliche Klima in der Bundesrepublik vor 20 Jahren und die faschistischen Straftaten von Rostock, Hoyerswerda und Mölln.

Ihre Rede ist unter www.nrw.vvn-bda.de nachzulesen.

Uwe Koopmann

5. Regionalkonferenz: VVN-BdA und alle Bürgermeister der Region sind dabei

Gemeinsam geht es wieder um das Aktivsein gegen Rechts

Um die Vernetzung der vorhandenen Initiativen und um die Vertiefung der Kenntnisse über Erscheinungsformen des Neofaschismus und der Rechtsentwicklung im Aachener Raum und darüber hinaus – darum geht es auf der 5. Regionalkonferenz in Stolberg am 12. Oktober 2013 im Schulgebäude Kogelhuserstraße. Schirmherr wird Bürgermeister Ferdi Gatzweiler (Stolberg) sein.

In Arbeitsgruppen werden auch Forderungen an Städte und Gemeinden formuliert und der Austausch von Erfahrungen und die Debatte über Widerstandsformen organisiert. Die Moderation übernimmt Ralf Woelk, Vorsitzender der DGB NRW Sd-West. Hauptreferent wird Professor Fabian Virchow, Leiter der Forschungsstelle »Rechtsextremismus/Neonazismus« an FH Düsseldorf, sein.

»V wie Verfassungsschutz« ist der Titel eines geplanten Theaterstücks des n-theaters aus Köln. Über »Erinnern an Verfolgung und Widerstand: Geschichtsarbeit ohne Zeitzeugen?« diskutieren Dr. Stephan Stracke sowie Vertreterinnen der Initiative »Kinder des Widerstands«; Koordination: Dominik Clemens, Volkshochschule Aachen.

Zur Konferenz ruft der Landesverband der VVN-BdA NRW alle Mitglieder im Land auf. Unterstützt wird die Konferenz von den Bürgermeistern der Region sowie von zahlreichen Mandatsträgern jenes Gebiets.

Dortmunds OB Sierau für das gemeinsame Handeln gegen die Nazis

Jahreshauptversammlung des Fördervereins Steinwache/Rombergparkkomitee

In Anwesenheit von Oberbürgermeister Ullrich Sierau fand jetzt die erste Jahreshauptversammlung des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergpark-Komitee nach dem Zusammenschluß der Organisation statt. Jürgen Peters vom Antirassistischen Bildungsforum sprach zu aktuellen Entwicklungen und Erscheinungsformen des Neofaschismus in Nordrhein-Westfalen und in Dortmund. Die Nazis seien in Dortmund zersplittert und geschwächt; sie in dieser Stadt ganz zu überwinden, müsse das Ziel aller Demokraten sein, so Ullrich Sierau, Oberbürgermeister und Mitglied des Fördervereins.

Schule ohne Bundeswehr - Mahnwache

Aachener Friedenspreis weicht nicht zurück

Das Bündnis »Schule ohne Bundeswehr NRW« protestierte am 15. Juni in Düsseldorf mit einer Mahnwache gegen die Werbung und politische Einflußnahme der Bundeswehr an den Schulen in NRW.

Redner betonten: »Wir begrüßen mit dieser Veranstaltung auch die Vergabe des Aachener Friedenspreises an drei Schulen, die sich gegen die Anwesenheit der Bundeswehr in ihren Räumen ausgesprochen haben, darunter die Hulda-Pankok-Gesamtschule in Düsseldorf.

Wir unterstützen diejenigen, die an ihren Schulen diese Beschlüsse auf den Weg gebracht haben.

Wir fordern die Kündigung der Kooperationsvereinbarung des Schulministeriums NRW mit der Bundeswehr! Bundeswehr raus aus den Schulen!«

Dass unter dem Druck militärfreundlicher Kräfte die Leiterin der Hulda-Pankok-Schule den Preis ablehnen will – die FDP setzte deshalb sogar eine aktuelle Stunde im Landtag an -, stieß bei Schülern auf Widerspruch. Es ist davon auszugeben, daß der Preis auf jeden Fall am 1. September übergeben wird.



Foto: Bettina Ohnesorg

Zu Gast bei den »Blutaktionären«

Kein Rheinmetallauftritt ohne Proteste

Im Mai fand die jährliche Hauptversammlung des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall AG statt. Die Rheinmetall AG mit Hauptsitz in Düsseldorf-Derendorf ist der deutsche Konzern mit den umfangreichsten Rüstungsgeschäften, international nimmt er diesbezüglich den 26. Platz ein und trägt zum dritten Platz Deutschlands in der Rangliste der Rüstungsexporteure maßgeblich bei. »Blutaktionäre« hat die Friedensbewegung die HV-Teilnehmer getauft. Aber nur bei einem Teil der Rüstungsaktionäre handelte es sich um die berüchtigten Banker im Business-Outfit, vielmehr präsentierten die anwesenden Aktionäre scheinbar den »Durchschnitt der Gesellschaft«, der sich an der Gier nach Profiten aus Krieg und Mord bemüht. Parallel zur Hauptversammlung demonstrierten in Düsseldorf am Firmensitz Friedensleute aus NRW.

Neuauflage des Verfassungsschutzes in NRW

Die Aufklärung blieb ungetan

Sehr bestürzt haben wir erkannt, dass ein Gesetz zum Verfassungsschutz in NRW beschlossen wurde, ohne dass die Kritiker je gehört wurden und ohne dass es in NRW nach dem NSU-Skandal, so wie anderswo, einen VS-Untersuchungsausschuß gab. Und dann loben sich die Gesetzesmacher auch noch selbst. Die Grünen im Landtag stimmten zu, vergaßen ganz ihre Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes oder mindestens des V-Leute-Systems und erklärten: »Mit dem novellierten Gesetz schafft Nordrhein-Westfalen mehr Transparenz, Kontrolle und Effizienz bei der Arbeit des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz konzentriert den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel fortan auf gewaltorientierte Gruppen. Damit fokussiert sich der Verfassungsschutz zukünftig auf die vom Rechtsextremismus und Islamismus ausgehenden Gefahren für unsere Demokratie. Erstmalig sind die Voraussetzungen und die Kriterien für den Einsatz von V-Leuten nun gesetzlich geregelt.«

SPD-Innenminister Ralf Jäger, der bei jeder Gelegenheit versichert, er trete den Nazis auf die Springerstiefel, machte bei der Gelegenheit auch klar, daß bei diesem Treten auch wieder V-Leute-Gelder den Gestiefelten zugesteckt werden. Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den meisten unaufgeklärten, nunmehr dem NSU zugeordneten Verbrechen, so in Köln und Düsseldorf-Derendorf sowie in Dortmund. Statt diese Untaten aufzuklären, wurde dem Verfassungsschutz, mehr Mittäter als Aufklärer, Absolution erteilt und der Spitzelapparat erneuert.

Ulrich Sander

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Im mittelhessischen Lumdatal:

Neonazis dreist und aggressiv

Seit einigen Monaten treten im dörflichen mittelhessischen Lumdatal zwischen Lollar, Allendorf und Rabenau junge Neonazis verstärkt mit Aufklebern, einer Flugblatt-Zeitung, eigenen Internetseiten und mit Bedrohungen auf.

So wurde eine Stadtratssitzung »besucht«, um die Gründung des »Bündnis für Toleranz und Demokratie« zu stören. Nach dem Stadtratsbeschluss skandierten die Neonazis Parolen und warfen vor dem Gebäude Böller.

Bereits mehrfach waren Personen und Familien Bedrohungen und direkten Angriffen ausgesetzt. So wurde am 1.Mai gegen 23 Uhr bei einer Familie vor dem Haus laut herum gepöbelt und schließlich die Haustür eingetreten. Dasselbe Haus war bereits im März mit Eiern beworfen worden.

Kurze Zeit nach der eingetretenen Tür gab es dann auch vor dem Haus der Allendorfer Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause (SPD) laute Schläge.

Neonazis traktierten das Hoftor mit schweren Fußtritten und riefen »Sieg Heil«.

Die Bürgermeisterin hatte sich bereits mehrfach deutlich gegen die Rechtsradikalen positioniert und die Initiative zur Bildung des »Netzwerkes für Demokratie und Toleranz« ergriffen.

Auch eine Projektwerkstatt in Saasen wurde Ziel von drei Farbangriffen; hier hinterließen die Neonazis die Parole, »Wir kriegen euch«

Schließlich planten die Neonazis vor dem Haus, an dem sie drei Wochen zuvor die Tür eingetreten hatten, ganz dreist eine Kundgebung. Das wurde jedoch vom Ordnungsamt untersagt. Sie mussten auf einen Platz vor der Kirche ausweichen.

Dort wurde den rund zehn Neonazis, die zusammenkamen, von rund 50 Gegendemonstranten mit Trillerpfeifen und weiterem Lärm jede Außenwirkung genommen.

Als die Neonazis am selben Tag einen Aufmarsch in Grünberg unternahmen, kamen sie jedoch nur etwa 400 Meter weit. Dann wurden sie von den bis zu 300 Gegendemonstranten blockiert und mussten zum Bahnhof zurückkehren und Grünberg verlassen.

Der Auftritt des NPD-Landesvorsitzenden Martin als Redner zeigte allerdings auch die Beteiligung der NPD an den Umtrieben.

(Zusammengestellt aus lokalen Presse- und Antifa-Berichten)

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 ,
BLZ 500 100 60

Wachsender Widerstand gegen Neonazi-Umtriebe

Respekt verschaffen

Die Umtriebe der Neonazis insbesondere in ländlichen Gebieten stoßen zunehmend auf Widerstand. Sie veranlassen Bürgerinnen und Bürger, Gruppen, Vereine, Initiativen und auch Städte und Gemeinden, den Neonazis entgegenzuwirken.

In Allendorf, wo Neonazis besonders aggressiv aufgetreten sind, betonte die Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause, die selbst bereits Angriffsziel von Neonazis war (siehe »Neonazis dreist und aggressiv«): »Ich will aus der Position rauskommen, immer nur zu reagieren. Wir müssen selbst agieren und die Räume eng machen für deren Ideologie.« So ist es in Allendorf zu einem »Netzwerk für Demokratie und Toleranz« gekommen.

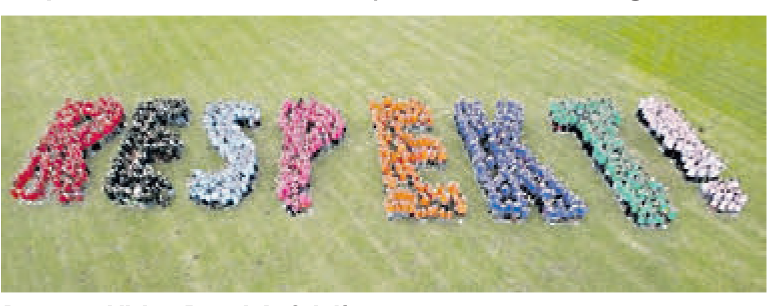
In Echzell, Florstadt und Reichelsheim war man ebenfalls entschlossen, nicht nur mit Protest und Gegendemonstrationen zu reagieren, sondern mit eigenen Aktionen und Projekten Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, die Gefahren vor Ort und im Alltag zu erkennen und jedem Nazismus und Rassismus ständig entgegenzuwirken. Es galt, deutlich zu machen, dass es »in der Wetterau keinen Platz für Rassismus und Intoleranz« geben soll.

Gruppierungen und Vereine, darunter insbesondere Turn- und Sportvereine, aus mehreren Gemeinden sowie der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Blofeld, taten sich zusammen, um mit einer gemeinsamen Großveranstaltung »Vereint Zeichen (zu) setzen!«. Ein wesentlicher Motor und Antrieb für das Gemeinschaftsprojekt war die Echzeller Bürgerinitiative »Grätsche gegen Rechtsaußen«.

Ein Ziel des Projekts war es, mit Hunderten von Menschen lebendig und bildhaft den Anspruch auf »Respekt« zu verdeutlichen. Das Vorhaben gelang. Über tausend Menschen bildeten in Nieder-Florstadt auf 500 Quadratmetern das Ziel ab.



»Respekt verschaffen« ***www.respekt.tv/events/kultur/riesiger-beifall ...***



Der menschliche »Respekt!« Schriftzug ***Foto: –red–***

Bereits mit der Planung und Vorbereitung der Aktion wurden sehr viele Menschen erreicht und motiviert. Insgesamt waren es rund 60 Wetterauer Vereine, die sich einbrachten. Prominente Unterstützung gab es u.a. durch den Schauspieler und Bambi-Gewinner David Rott sowie Peter Ohlendorf, der in einem speziellen Zelt eine 21-Minuten-Fassung seines Undercover-Films »Blut muss fließen« zeigte. Beiden war es wichtig, wie sie betonten, dass Defizite in der Gesellschaft aufgezeigt und das demokratische Grundverständnis gestärkt werden.

Man dürfe sich nicht verstecken, sondern müsse die Entschlossenheit aufbringen, der Demokratie Respekt zu verschaffen.

Florstadts Bürgermeister Herbert Unger erklärte: »Es ist schlimm genug, dass wir heute hier stehen müssen, weil es in der Wetterau rechtsextreme Umtriebe gibt. Aber es ist beruhigend zu sehen, wer alles sich im Kampf gegen Rechts unterhakt.« ***Pcw***

Unser ältestes Mitglied ist von uns gegangen

Abschied von Hans Schwert

Am 21.Mai 2013 ist in Frankfurt am Main unser Kamerad Hans Schwert im Alter von 105 Jahren verstorben. Am 29.Mai fand in der Trauerhalle des Hauptfriedhofes eine würdige Trauerfeier statt.



Die »Frankfurter Rundschau« veröffentlichte unter der Überschrift »Ein Leben gegen rechts« einen von Empathie gekennzeichneten Nachruf, der wesentliches aus dem Leben des Verstorbenen nachzeichnete.

Über neunzig Persönlichkeiten nahmen in einer gemeinsamen Anzeige in den Frankfurter Tageszeitungen Abschied von ihm. Das alles zeigt die weitverbreitete Sympathie und Anerkennung, die Hans Schwert nicht nur in Frankfurt genoss.

Zur Zeit der Naziherrschaft war er aktiv im antifaschistischen und kommunistischen Widerstand in Frankfurt am Main.

1936 wurde er verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, was ihn bis 1945 durch mehrere Zuchthäuser führte.

Nach der Befreiung engagierte er sich in der Gewerkschaft, in der KPD, später in der DKP. Er war Gründungsmitglied der VVN in Frankfurt am Main und dort viele Jahre auch als Kreisvorsitzender aktiv. In der Gewerkschaftsbewegung bekleidete er ebenfalls mehrere Funktionen, u.a. als langjähriger Personalratsvorsitzender, später in der DGB-Seniorenarbeit.

In den letzten Jahrzehnten seines Lebens ging er als Zeitzeuge in Schulen und vor Jugendgruppen, führte antifaschistische Stadtrundgänge durch und war bis ins hohe Alter Teilnehmer an antifaschistischen Veranstaltungen, Kundgebungen und Aktionen.

Noch wenige Tage vor seinem Tode war er als Zeitzeuge Redner bei der DGB-Veranstaltung im Frankfurter Gewerkschaftshaus zum 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften.

»Wir haben mit Hans Schwert einen lieben Freund, einen der treuesten und aktivsten Kameraden, einen allseits geschätzten lieben Menschen verloren, den wir nicht vergessen werden«, heißt es im Nachruf der hessischen VVN-BdA.

P.C.Walther

»Karte der Lager und NS-Haftstätten« beim »Kick rechts weg!«

Spielerischer Zugang zur Geschichte

Anläßlich des antirassistischen Straßenfußball-Turniers entwickelte die VVN-BdA Kassel ein pädagogisches Konzept zur öffentlichen Arbeit mit der von der FIR/Internationale Förderation des Widerstandes und dem belgischen Institut des Vétérans entwickelten Lagerkarte. Bei diesem Fußball-Turnier gewinnt nicht die Mannschaft, die die meisten Siege auf dem Spielfeld erringt, sondern die Mannschaften müssen auch Zusatzaufgaben lösen, die Wertungspunkte ergeben.

Für diese Aufgaben wurde in diesem Jahr die Lagerkarte eingesetzt. Es war das pädagogische Anliegen, den Jugendlichen einen aktiven Zugang zu Geschichte und Region zu vermitteln.

Dazu wurde die Landkarte auf eine witterungsbeständige Folie gezogen und durch sechs Kurzporträts von Lagern und Haftstätten aus der näheren bzw. weiteren Umgebung (KZ Buchenwald, KZ Dora-Mittelbau, KZ Moringen, KZ Breitenau sowie die Außenkommandos Hessisch-Lichtenau und Kassel-Druseltal) ergänzt.

Die Jugendlichen bekamen die Aufgabe, Fragen zu beantworten, indem sie verschiedene Lager selbstständig suchten und auflisteten sowie Informationen aus einem Kurzporträt herausziehen mussten. Zum Abschluss sollten sie begründen, warum sie sich gerade mit dem gewählten Lager beschäftigt hatten.

Ziel dieser Arbeit war es nicht, fundiertes historisches Wissen zu vermitteln. Es ging vielmehr – ausgehend von dem vorrangigen Interesse der Jugendlichen am Straßenfußball – darum, ihnen einen niedrigschwelligen Zugang zur aktiven Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit auch in der Region zu vermitteln.

Wie erfolgreich dieses Konzept war, zeigte sich daran, dass alle Mannschaften die Aufgaben zufriedenstellend, teilweise sogar sehr gut gelöst haben. Außerdem hörte man vor der Lagerkarte immer wieder Gespräche, in denen Jugendliche auf andere auf Orte, die sie kannten, hinwiesen, dass auch dort Lager oder Haftstätten gewesen seien.

Die VVN-BdA Kassel wird diese Präsentation auch zukünftig bei Straßenfesten oder anderen öffentlichen Aktionen und Informationsständen einsetzen.

Ulrich Schneider

Polizei zurückhaltend

Verhindert wurde in Frankfurt ein geplanter Marsch der rechtsradikalen »Republikaner« durch die Stadt. Etwa 25 Mitglieder und Anhänger der REPs, darunter ihr Bundesvorsitzender Rolf Schlierer, hatten sich vor der Europäischen Zentralbank eingefunden, um gegen die »Euro-Diktatur« zu demonstrieren.

Protest und Lärm von 300 Gegendemonstranten übertönten die REPs bis schließlich nahezu nichts mehr zu hören war, weil der Generator der Lautsprecheranlage abhanden gekommen war.

Die REPs gaben schließlich auf und verzichteten auf den angekündigten Marsch. Auffallend war die Zurückhaltung der Polizei. Sie schritt gegen die massive Störung der Republikaner-Kundgebung nicht ein.

Beobachter führen das auf Nachwirkungen der Kritik bis ins sogenannte bürgerliche Lager hinein an dem brutalen Polizeieinsatz gegen die Blockupy-Demonstration drei Wochen zuvor zurück.

Auschwitzprozess-Gedenktafel

Eine Gedenktafel, die an den Frankfurter Auschwitzprozess von 1963 bis 1965 erinnert, soll am Frankfurter Stadtparlament im Römer angebracht werden. Sie soll am 50. Jahrestag des Prozessbeginns im Dezember 2013 enthüllt werden.

Der Frankfurter Auschwitzprozess gilt als erster Versuch, achtzehn Jahre nach der Niederschlagung der Nazidiktatur vor einem Gericht tatsächlich mit einer gerichtlichen und öffentlichen Aufarbeitung von Naziverbrechen zu beginnen.

Herbeigeführt wurde der Prozess vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Leitender Untersuchungsrichter bei der Vorbereitung des Prozesses war Heinz Düx (zugleich Präsidiumsmitglied der VVN).

Geschichte der Juden in Hessen

In Wiesbaden wurde mit einer Veranstaltung an die Bildung der »Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen« erinnert. Die Kommisin wurde vor fünfzig Jahren auf Initiative des damaligen hessischen Kultusministers Ernst Schütte gegründet und ist bundesweit einzigartig.

Die Arbeit der Kommission beschränkt sich nicht darauf, die Verfolgung und Ermordung der Juden zu erforschen. Sie sieht ihre Aufgabe auch darin, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür zu schaffen und zu festigen, dass Juden seit rund 900 Jahren zu diesem Land gehören, hier lebten und wirkten. Dazu dienen u.a. entsprechende Publikationen und Datenbanken.

SACHSEN

Erfolgreicher Protest gegen Neonazi-Treffen in Zobes

Jusos zeigen Flagge gegen Rechts

Anfang Juni 2013 haben sich im vogtländischen Zobes rund 700 Neonazis aus ganz Deutschland zum sogenannten Sachsentag der NPD-Jugendorganisation getroffen. In der Vergangenheit wurde insbesondere der Gasthof Haack mehrfach für Treffen rechter Parteien und Kameradschaften genutzt.

Obwohl die Veranstaltung diesmal auf einem Privatgrundstück stattfand, zierte den Gasthof eine schwarz-weiß-rote Fahne aus der Kaiserzeit. Die SPD-Jugendorganisation, die Jusos, und der SPD-Bundestagskandidat Benjamin Zabel haben trotz des Ausnahmezustandes rund um Zobes (einem Ortsteil von Neuensalz) Plakate und Transparente gegen die rechten Umtriebe angebracht. Zuvor hatte der Plauener Runde Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage zu dieser Aktion aufgerufen.



»Es war enorm wichtig, mit Plakaten und Transparenten den anreisenden Neonazis zu zeigen, dass sie im Vogtland nicht willkommen sind. Unsere Aktion war ein voller Erfolg. Wir haben knapp 30 Plakate und Transparente an den Zufahrtsstraßen nach Zobes und im Ort angebracht. Schade, dass sich nicht weitere Organisationen und Parteien an der Aktion beteiligt haben. Ein großer Dank geht an die Polizeikräfte, die durch ihre Präsenz die Durchführung unserer Aktion absicherten«, so Benjamin Zabel.

»Das Vogtland hat ein rechtes Problem! Unsere Region wird mehr und mehr zum deutschlandweiten Treffpunkt gewaltbereiter Neonazis. Bisher wird sowohl von der Bevölkerung, als auch von der Politik dieses Breitmachen der Neonazis in unserer Region nicht ernst genug genommen. Ich erwarte, dass der Gemeinderat Neuensalz die anhaltenden rechten Umtriebe in Zobes thematisiert. Hier sind wir jetzt mehr denn je parteiübergreifend in der Pflicht«, erklärt Zabel abschließend.

P. G.

Impressum:
V.i.S.d.P.: Peter Giersich, Redaktion: Landesverband des VVN-BdA Sachsen, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.: 0351/49019 03, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de Spendenkonto: Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00, Konto Nr. 052 82111 00

BERLIN

Neue Dauerausstellung in »Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche«

Erinnerung an den frühen Terror der SA

»Da wurden uns sofort die Hosen vom Körper gerissen und unsere Köpfe in Decken gehüllt, dann wurden wir über einen im Raum stehenden Tisch gezogen und auf Veranlassung des Sturmführers Scharsich erhielten wir jeder 50 Schläge mittels Stahlruten, Weidenstöcken und anderen Gegenständen«. So wie Albert Laschke schilderten später dutzende Überlebende die Ereignisse, die sich in den Köpenicker SA-Folterzentren im Juni 1933 zutrugen.

Die »Köpenicker Blutwoche« vom 21. bis 26. Juni 1933 war ein brutaler Höhepunkt des frühen staatlich gedeckten SA-Terrors in der Reichshauptstadt. Mehrere hundert Mann des Sturmbanns 15 unter Leitung von Herbert Gehrke sowie weiterer SA-Einheiten, wie die des berüchtigten Charlottenburger »Mördersturms 33«, verhafteten, verschleppten und folterten im Berliner Bezirk Köpenick bis zu 500 Menschen. Mindestens 23 von ihnen wurden ermordet, überlebten die Misshandlungen nicht oder starben später an deren Folgen. Die Gewaltaktionen richteten sich hauptsächlich gegen kommunistische und sozialdemokratische Oppositionelle und bürgerliche Eliten, aber auch gegen Jüdinnen und Juden. Die Verhaftungen, Folterungen und Morde im Juni 1933 besaßen eine überregionale Bedeutung.



Liddy und Götz Kilian mit ihrer Tochter Isot am 18. Juni 1933, kurz vor der wiederholten Verhaftung von Götz. *Foto: Privatbesitz*



Fahrraddemo der VVN-BdA Köpenick am 22. Juni 2013 zu Orten des SA-Terrors. *Foto: VVN-BdA Köpenick*

Dies ist das Ergebnis monatelanger Recherchen eines Forschungsteams des Bezirksamts Treptow-Köpenick und Kernaussage der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«, die am 21. Juni im Beisein von Gregor Gysi und Kulturstaatssekretär André Schmitz eröffnet wurde. Sie ist in den Räumen des ehemaligen Amtsgerichtsgefängnisses zu sehen. Großenteils noch unveröffentlichte Dokumente und Fotografien belegen, dass der SA-Terror in Köpenick im Juni 1933 Teil der berlin- und reichsweit gesteuerten Maßnahmen

Fortsetzung auf Seite 14

Die Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«

(Puchanstraße 12, 12555 Berlin) ist jeweils am Donnerstag in der Zeit von 10 Uhr bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Führungen können außerhalb der Öffnungszeiten vereinbart werden, Tel. (030) 90297 3350/3351.

Im Metropol Verlag erschien: »SA-Terror als Herrschaftssicherung. ›Köpenicker Blutwoche‹ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus« (Hrg. Stefan Hördler, 272 Seiten, 22 Euro).

Internet: www.gedenkstaette-koepenicker-blutwoche.org sowie www.bda-koepenick.de

Fortsetzung von Seite 13

zur nationalsozialistischen Machtsicherung war. Nichts zeigt dies eindrücklicher als die Bilder vom Propagandamarsch anlässlich der Beerdigung zweier toter SA-Männer am 26. Juni 1933. Neben dem Köpenicker Sturmbannführer Herbert Gehrke nahmen Gauleiter Joseph Goebbels und andere Nazigrößen an dem Propaganda-Marsch teil,



Aktive der Berliner VVN-BdA bei der Eröffnung der neuen Ausstellung vor dem Amtsgerichtsgefängnis. *Foto: VVN-BdA Köpenick*

Als am späten Abend des 21. Juni eine Gruppe SA-Männer in das Wohnhaus der Familie Schmaus eindrang, um den sozialdemokratischen Gewerkschafter Johann Schmaus und seine beiden Söhne Hans und Anton festzunehmen, schoss Anton in Notwehr drei SA-Männer nieder und flüchtete. Die Nachricht von der Schießerei verbreitete sich rasend und löste bei den SA-Männern enorme Rachegefühle aus. »Ihr Hunde, ihr seid schuld, dass man drei von unseren Leuten erschossen hat, für jeden einen SA-Mann müssen drei von Euch dran glauben, nicht nur drei von Euch, sondern alle müsst Ihr ran«, zitierte ein Überlebender, Bernhard Klappert, die SA-Männer. Anton Schmaus, der sich der Polizei stellte, wurde im Polizeipräsidium am Alexanderplatz von einem SA-Trupp umringt und niedergeschossen. Er erlag der Verletzung und weiteren Misshandlungen durch die SA am 16. Januar 1934. Seinen Vater erhängten die SA-Männer, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Auch der Kommunist Götz Kilian wurde aus seinem Wohnhaus heraus verhaftet. Es war nicht das erste Mal, wie Liddy Kilian, seine Frau und ebenfalls für die KPD aktiv, später niederschrieb: »Elf Haussuchungen, wenn man das so nennen kann, hatten wir. Mein Mann wurde schon am zweiten Tage nach der Wahl abgeholt […] Einen Tag vor Beginn der Köpenicker Blutwoche kam mein Mann aus der Haft.«

Die Folter hinterließ einen kranken Mann. Schließlich erlag Götz Kilian am 6. August 1940 den Folgen der Misshandlungen.

Das Amtsgerichtsgefängnis diente als Koordinationsstelle der Verhaftungsaktion. Zahlreiche Personen, die bereits in den SA-Sturmlokalen misshandelt worden waren, wurden anschließend hierher überstellt.

Dank des Einsatzes von Erwin Schulz konnte hier 1980 das Traditionskabinett eröffnet werden. die Köpenicker Gedenkstätte überdauerte die politischen Wirren der Wendezeit, wurde aber inhaltlich mehrmals überarbeitet.

Viele Jahre bemühte sich der 1990 gegründete BdA Köpenick e.V. (heute: VVN-BdA Köpenick e.V.), die Erinnerung an die Opfer der »Köpenicker Blutwoche« wach zu halten. Auch für die neue Ausstellung stand die Geschäftsführerin Hanna Wichmann mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen beratend zur Seite, und so fanden Bilder und Dokumente aus der Sammlung der VVN-BdA Köpenick Eingang in die Ausstellung.

Die VVN-BdA gedachte mit einer eigenen Kundgebung am 80. Jahrestag des Beginns der »Köpenicker Blutwoche« an der sogenannten Faust, dem Mahnmal auf dem Platz des 23. April, der Opfer und trug mit einer Fahrraddemo zu Orten des SA-Terrors am darauffolgenden Tag zur Erinnerungskultur im Bezirk bei.

Yves Müller

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr

Karl-Marx-Allee 72
10243 Berlin
U 5 Strausberger Platz

Montag 15. Juli, 18.30 Uhr
Meta Samson. »Spatz macht sich«
Das letzte Kinderbuch, das 1938 im jüdischen Philo-Verlag erschien. Nur wenige Exemplare wurden ausgeliefert. Meta Samson und ihre Tochter Marlene wurden im November 1942 nach Auschwitz deportiert. Ihr Neffe Walter Lindenberg konnte mit einem Kindertransport nach England flüchten, 1990 sorgte er für eine Neuauflage des Buches. Regina Scheer stellt das damals kaum beachtete Buch vor und liest mit Gina Pietsch daraus. Gisela Lindenberg erzählt, wie sich ihr Mann für dieses literarische Kleinod einsetzte.

Montag, 19. August 2013, 18.30 Uhr
Hans Coppi/Sabine Kebir: Ilse Stöbe: Wieder im Amt.
Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße.
Zum ersten Mal erscheint die Lebens- und Rezeptionsgeschichte über die 1942 hingerichtete Widerstandskämpferin Ilse Stöbe. Sie lernte beim Berliner Tageblatt den Journalisten Rudolf Herrnstadt kennen, der sie für eine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen militärischen Nachrichtendienst gewann. Ab 1940 arbeitete sie im Auswärtigen Amt und warnte die Führung in Moskau über die Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion.

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg

Der zweite Sonntag im September

Ein Mahn- und Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu begehen, begründet 1945 von Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager.

In ihrem Sinne treten wir am 8. September ab 13 Uhr auf dem Tempelhofer Feld für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander ein, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, sozialem Status, Religionszugehörigkeit, Lebensentwürfen und Überzeugungen.

Den Auftakt bildet um 11 Uhr die Kundgebung an der früheren Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber, einem Treffpunkt des antifaschistischen Widerstands. Es schließt sich ein Fahrradkorso zu Orten von Verfolgung und Widerstand an. Am Tempelhofer Feld erwarten die Besucher/innen Diskussionen, Ausstellungen, Theater, Lifemusik, das Antifacafé und Informationen an über 100 Ständen. Ganz besonders freuen wir uns auf das Gespräch mit Philip Bialowitz, einem der letzten Überlebenden des KZ Sobibor.

Weitere Informationen unter www.tag-der-mahnung.de

Das alles kostet auch viel Geld. Wir bitten um Spenden und freuen uns über jeden Euro, der es uns ermöglicht, diesen Gedenk- und Aktionstag weiterhin zu begehen. Kontoangaben: s. Impressum, Verwendungszweck: »Tag der Mahnung«

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet: http://berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Fotonachricht:

Mehrere tausend Menschen kamen auch in diesem Jahr wieder am 9. Mai zur alljährlichen deutsch-polnisch-russischen Siegesfeier über den deutschen Faschismus in den Treptower Park. Veranstaltet von der Berliner VVN-BdA und unabhängigen Antifagruppen, feierten die Besucher/innen bei Musik, mit Speis und Trank die Befreiung, den ersten Tag des Friedens und natürlich auch die Befreier. Wir bedanken uns herzlichst bei allen, die uns unterstützt haben!
Foto: Berliner VVN-BdA e. V.



Flüchtlings-Hungerstreik im Zentrum der Landeshauptstadt

Die Verzweifelten weggeräumt

Mit einer nächtlichen Polizeiaktion fand Ende Juni in München ein mehrtägiger Hunger- und schließlich auch Durststreik von Asylsuchenden sein Ende. Eine große Zahl Männer, Frauen und Kinder hatte sich auf dem Rindermarkt, einem zentralen Platz, versammelt, dort trotz widrigen Wetters im Freien und in Zelten gelagert, rund 40 Erwachsene begannen einen Hungerstreik.

»Wir sind Asylsuchende aus verschiedenen Ländern, die in Deutschland wohnen, aber vom Leben in Isolationslagern, dem Ausschluss von Bewegungsfreiheit und allnächtlichen Alpträumen von Abschiebungen geplagt werden«, schrieben sie in einem Offenen Brief.

»Wir sind nicht Willens in dieser Situation zu leben – nicht einmal einen Tag mehr. Wir sind in dieser Situation nur noch am Leben, weil wir wissen, warum wir hier sind. Wir sind hier wegen des Krieges (mit den Waffen und den hoch entwickelten Unterdrückungstechnologien die in Ihren Ländern hergestellt wurden), der unsere Sicherheit in den Gebieten zerstört hat, wo wir geboren wurden.

Wir sind hier wegen hunderter Jahre Kolonialisierung, Ausbeutung und fatalen Wirtschaftsboykotts, die die politische und ökonomische Infrastruktur peripherer Länder zerstört haben.«



Mit einer Demonstration durch die Münchner Innenstadt hatte die Hungerstreik-Aktion begonnen. *Bild: refugeetentaction*

Trotz zum Teil wohlwollender Medienberichte über die Flüchtlingsaktion zeigten sich die zuständigen politischen Kreise von der Forderung der Betroffenen nach Anerkennung ihres Asylrechts unbeeindruckt, sprachen von »Erpressung«. »Offenbar« so Pro Asyl in einer Presseerklärung nach der Räumung des Camps, »wollte die bayerische Staatsregierung den protestierenden Flüchtlingen kein Angebot machen – die beiden als Vermittler eingeschalteten ehemaligen Politiker Alois Glück (CSU) und Hans-Jochen Vogel (SPD) kamen mit leeren Händen… . Anstelle einer Verhandlungslösung folgte die Räumung: Die Polizei stürmte das Lager, mehrere Personen wurden festgenommen, die Durststreikenden wurden in Krankenhäuser eingeliefert.« Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat: »Die Staatsregierung hatte die einmalige Chance, den Durststreik auf dem Verhandlungswege zu beenden und ein humanitäres Signal auszusenden. Stattdessen hielt sie an ihrer unmenschlichen Abschreckungspolitik fest und forcierte die gewaltsame Räumung des Protestcamps»

Bei Drucklegung dieser »*antifa*« ist über das weitere Schicksal der Betroffenen noch nichts Näheres bekannt. Auf Grundsätzliches wies Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung hin: »Das Flüchtlingslager auf dem Münchner Rindermarkt wurde geräumt. Man dürfe nicht zusehen, wie Menschen verhungern und verdursten, hieß es zur Begründung.« Die sei zwar richtig, müsse »aber auch dann gelten, wenn das Verhungern und Verdursten nicht mitten in München geschieht, im Zentrum des Wohlstands, sondern, zum Beispiel, im Mittelmeer. Dort verdursten die Bootsflüchtlinge zu Tausenden auf dem Weg nach Europa, dort ertrinken sie auf hoher See, dort erfrieren sie in der Kälte der europäischen Flüchtlingspolitik.« *E. A.*

Zeitzeugengespräche, Infos über Neonazis und ein Stadtrundgang

Hugo Höllenreiner aus Ingolstadt hat sein Kommen für ein Zeitzeugengespräch zugesagt. Passend dazu hält die Publizistin und Sozialpädagogin Roswitha Scholz ein Referat über »Antiziganistische Zustände«. Vertreter des Münchener aida-Archivs werden über die rechtsterroristische Strukturen in Bayern, über Schlüsselpersonen der Neonazi-Szene und den NSU berichten (siehe Kasten).

NSU und NSU-Prozess werden auch auf einer Podiumsdiskussion behandelt, zu der unter anderem Anja König (MdL Thüringen) und Angelika Lex (Rechtsanwältin, München) eingeladen sind.

Ein antifaschistischer Stadtrundgang, veranstaltet von der örtlichen VVN, informiert über die braune Vergangenheit der niederbayerischen Hauptstadt. In Diskussionsrunde stellen unterschiedliche antifaschistische Gruppen (darunter auch die VVN) ihre Arbeit vor. Weitere inhaltliche Themen sind Antisemitismus, Krise und Faschismus, Burschenschaften und vieles mehr. Außerdem sollen Sport und Freizeitgestaltung nicht zu kurz kommen.

Veranstaltet und unterstützt wird das Camp von niederbayerischen und oberpfälzischen DGB- und ver.di-Jugendgremien, von der VVN-BdA und von einer Reihe regionaler und überregionaler antifaschistischer Bündnisse, Jugendorganisationen und -gruppen.

5. bis 8. September 2013:

Antifa-Jugendcamp in Landshut

Vom 5.bis 8. September 2013 findet in Landshut auf dem Gelände des Stadtjugendrings (Jugendzeltplatz Mühlhof) ein mehrtägiges Antifa-Jugend-Camp statt.

Inhaltlich geht es um historische und gesellschaftspolitische Zusammenhänge, die in Vergangenheit und Gegenwart rassistische, chauvinistische, sexistische und faschistische Ideologien hervorgebracht haben.

Neben der Information steht die Diskussion über teilweise auch kontroverse Theorien dazu im Zentrum.

Mit Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden, Zeitzeugengesprächen, Filmen

Lokale Initiativen zum 80. Jahrestag der Machtübertragung an die NSDAP

Erinnern an die ersten Opfer

»Aus Anlass des 80. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten scheint es uns besonders wichtig, auch auf diejenigen hinzuweisen, die in verschiedenster Weise gegen die Gewalttaten der Nazis protestierten. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, gab es in unserer Stadt zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die den Mut besaßen, Widerstand zu leisten und die diesen Mut mit Verfolgung, Folter, ja teilweise mit dem Tod bezahlten.« In einem Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly fordert die VVN-BdA Nürnberg, der ersten Opfer des NS-Terror-Regimes angemessen zu gedenken.

»Das Ziel des Nazi-Regimes«, heißt es weiter in dem Brief, »war die Ausschaltung jeglicher Opposition und damit die Beseitigung der demokratischen Einrichtungen der Weimarer Republik.

Es ist dabei alles andere als ein Zufall, dass die ersten Opfer des Regimes die Mitglieder und Anhänger der Arbeiterparteien bzw. -organisationen waren.

Der Hass gegen die als ›marxistisch‹ aufgefasste Arbeiterbewegung, allen voran gegen die Parteien KPD und SPD sowie gegen die Gewerkschaften war wesentlicher Bestandteil der faschistischen Ideologie.«

Notwendig sei es daher, diesem Gedenken konkrete Orte zu geben. Etwa in Form einer Erinnerungs-Stele: »Wir schlagen hierfür«, so die VVN-BdA, »einen der Folterplätze aus dem Jahr 1933 wie z.B. den Hallplatz vor, wo im August der junge Arbeiter Oskar Pflaumer als erster Widerstandkämpfer in Nürnberg – im Keller der damaligen Samariterwache – derart brutal misshandelt wurde, dass er noch in der gleichen Nacht starb.«

Beigefügt wurden dem Brief dokumentarische Materialien zu Oskar Pflaumer und zur Folterstätte am Hallplatz.

In Augsburg gibt es bereits einen vergleichbaren Gedenkort. Nach dem damaligen KPD-Stadtrat Leonhard Hausmann, 1933 von den Nazis auf offener Straße gefangen genommen, ins KZ Dachau verschleppt und dort ermordet, ist in Augsburg-Pfersee eine Straße benannt. Am Straßenschild erinnert eine Informationstafel an die historischen Zusammenhänge. Hausmann sei, so die Augsburger Allgemeine Zeitung kürzlich anlässlich einer Gedenkveranstaltung der VVN-BdA, »das erste Opfer der Nazis in Augsburg« gewesen.



Oskar Pflaumer



Leonhard Hausmann

In Bamberg wurde der 80. Jahrestag der faschistischen Machtübernahme vom DGB-Jugendsekretariat Nordbayern zum Anlass für einen »Historischen Stadtrundgang« genommen, veranstaltet gemeinsam mit der örtlichen VVN-BdA. Dieser Rundgang thematisierte, so der DGB auf seiner Internetseite, »die Zeit des Nationalsozialismus: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus.«

Der Inlandsgeheimdienst drängelt sich ins Schulfach

Schlapphut-Pädagogik

Aus einer Presseerklärung der SPD vom 21. Juni 2013:

»Die Innenexperten der Bayern SPD-Landtagsfraktion Helga Schmitt-Bussinger und Florian Ritter kritisieren anlässlich eines heutigen Berichts im Innenausschuss die Arbeit der BIGE (Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus) scharf. ‚Einer der Schwerpunkte der Arbeit ist die Beratungs- und Vortragstätigkeit. Die Hälfte dieser Vorträge findet in Schulen statt »völlig ohne rechtliche Legitimation,« so Schmitt-Bussinger, innenpolitische Sprecherin der Fraktion. »Nach bestehender rechtlicher Lage hat die BIGE keinen Bildungsauftrag – auch nicht im Kostüm der Öffentlichkeitsarbeit des Landesverfassungsschutzes, wie es verkauft wird!«

Faktisch greife der Inlandsgeheimdienst in die Bildungsarbeit ein - das obliege jedoch dem Kultusministerium und zivilen Akteuren, so Schmitt-Bussinger: »Das vorgeschobene Argument der CSU, Polizei mache doch auch Vorträge zur Straßensicherheit, unterschlägt den Charakter eines Geheimdienstes und zieht die Kritik ins Lächerliche!.« Obgleich die Vertreter der BIGE im Ausschuss einräumten, dass sie hauptsächlich im Bereich des Rechtsextremismus tätig seien, würden die Regierungsfraktionen stur an ihrer Gleichsetzung von rechts und links festhalten, so Ritter, Sprecher der Fraktion im Kampf gegen Rechtsradikalismus.

»Ähnlich absurd waren die Angriffe der Regierungsfraktionen auf Kritik an der Arbeit des Verfassungsschutzes – obwohl im NSU-Ausschuss allen deutlich wurde, dass in der Vergangenheit schwerwiegende Fehler und Versäumnisse begangen und in Bedrohungen durch rechts verharmlost wurden! – kritisiert Ritter.«

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli
Anne Fischbach, München, 82 Jahre; Ursula Epple, München, 65 Jahre; Elvira Eytzinger-Hof, Nürnberg, 60 Jahre; Walter Glaubitt, Margretshöchheim, 60 Jahre; Andreas Schulz, München, 60 Jahre.

August
Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz, 84 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 82 Jahre; Willi Ostler, Lappersdorf, 70 Jahre; Jürgen Wachowiak, München, 70 Jahre; Rüdiger Löster, Nürnberg, 60 Jahre; Franz Huber, Nußdorf, 60 Jahre; Monika Rampp, Augsburg, 60 Jahre.



Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de